

"Die EVG ist ein Tauschobjekt" in Der Spiegel (5. August 1953)

Legende: In seiner Ausgabe vom 5. August 1953 beschäftigt sich das deutsche Nachrichtenmagazin Der Spiegel mit der Frage, wie die Debatten um die deutsche Wiedervereinigung, die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) einander beeinflussen.

Quelle: Der Spiegel. Das deutsche Nachrichtenmagazin. Hrsg. Augstein, Rudolf ; R Herausgeber Becker, Detlev. 05.08.1953, Nr. 32; 7. Jg. Hamburg: Spiegel-Verlag G.M.B.H. "Die EVG ist ein Tauschobjekt", auteur: Daniel, Jens , p. 4-5.

Urheberrecht: (c) Der Spiegel

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"die_ev_g_ist_ein_tauschobjekt"_in_der_spiegel_5_august_1953-de-7567809a-cdcf-4a81-b192-b86d6b266065.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 14/05/2013

Die EVG ist ein Tauschobjekt

Von Jens Daniel

Die Bundestagswahlen haben den Amerikanern einen weiteren Vorwand geliefert, im nicht gerade erfolgreichen Routine-Betrieb ihrer letzten drei Jahre Deutschland-Politik noch eine Weile fortzufahren. Des Kanzlers Position durfte vor den Wahlen nicht beeinträchtigt werden, darum hat man den Sowjets den Vorschlag gemacht, sie sollten eine Außenministerkonferenz beschicken und den Amerikanern bei dieser Gelegenheit die sowjetisch besetzte Zone für die Nato frei geben. Wieder einmal hat man in einem Atemzug beteuert, Gesamtdeutschland müsse Handlungsfreiheit haben und gleichwohl der EVG angeschlossen werden.

Als ob es die Sowjets allein wären, die dem Beitritt eines wiedervereinigten Deutschland in die EVG opponieren! Als ob die Franzosen auch nur im leisesten daran dächten, sich mit einem wiedervereinigten Deutschland in der EVG zu verbinden! Wiedervereinigung und EVG können nicht gleichzeitig nebeneinander betrieben werden (wozu sich die Bundesregierung neuerdings herbeigelassen hat), denn das eine schließt das andere aus. Es hat zwei Jahre gedauert, diese Erkenntnis durchzusetzen, aber inzwischen hat selbst die alte „Tante Times“ als eine Binsenweisheit zugegeben, daß jede Wiedervereinigung die EG illusorisch macht. Solange die Wiedervereinigung auf der Traktanden-Liste eines Ost-West-Gesprächs steht, ist mit der EVG kein Staat zu machen, und das ist gut so.

Niemand darf sich wundern, daß die Sowjets die Tagesordnung von Washington nicht akzeptiert haben, sie haben den Briten damit wahrscheinlich einen Gefallen getan. Malenkow möchte offenbar selbst ins Gespräch kommen, und der Predikant Dulles wird das auf Sicht nicht verhindern können. In Korea ist der Krieg zu Ende, und die Weltpolitik steuert auf eine geschäftliche Fühlungnahme los. Handelsobjekt ist dann, unter anderem, die EVG.

Der 17. Juni hat klargemacht, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nicht durch Reißbrett-Politiker verbarrikadiert werden kann. Sie kann kontrolliert herbeigeführt werden, oder aber es wird in absehbarer Zeit eine böse Katastrophe geben, das ist die Erkenntnis vom 17. Juni. Besonders den Franzosen und Engländern ist sie in die Knochen gefahren.

Hätten am 17. Juni eine halbe Million Westdeutsche unter Waffen gestanden, wer hätte dann garantieren wollen, daß sie ihren rebellierenden Brüdern nicht zu Hilfe geeilt wären? Man stelle sich in dieser Situation einen Kanzler vor, der den Starrsinn von Konrad Adenauer mit der Marschierlust und der Wortbrüchigkeit eines Syngman Rhee vereinigte! Oder einen deutschen Kommandierenden von der Entschlußkraft des Tauroggen-Yorck!

Das Abgründige eines Verteidigungspaktes wurde klar, der auf friedlichem Wege ganz Osteuropa befreien will und der zu diesem Zwecke jede Aufstandsbewegung begrüßt und ermutigt. Gerade auf deutschem Boden wurde eine hochexplosive Situation sichtbar, deren Sprengkraft im umgekehrten Verhältnis zu den Kräften steht, die der Westen hier im Ernstfall mobilisieren könnte. Die deutsche Spaltung wird, dessen darf man sicher sein, eine erstrangige Gefahr für den Weltfrieden abgeben, wenn es erst eine deutsche Armee gibt. Deutschland wäre dann das Pulverfaß Europas.

Aber wie kam es zu dem Plan für eine deutsche Armee? Wie kam es zur deutschen Spaltung? Wie kam es zur Bundesrepublik, wie kam es dazu, daß der erste Deutsche Bundestag ein Wehrprojekt behandeln mußte, das den zweiten Deutschen Bundestag schätzungsweise noch einmal beschäftigen wird?

Das Abkommen von Potsdam, das in Theorie und Praxis aller vier Besatzungsmächte die einzige Klammer zwischen den beiden Deutschland ist, sah 1945 die Wirtschafts-Einheit Deutschlands vor und die Einrichtung von Staatssekretariaten für alle vier Zonen. Es verdient festgehalten zu werden, daß die Siegermacht Frankreich, und nicht die Sowjets, die gesamtdeutschen Staatssekretariate durch ein Veto verhindert hat. Eine unabsehbare Entwicklung gegen die deutsche Einheit wurde damit in Gang gesetzt. Möglicherweise hätten wir sonst heute noch die „österreichische Lösung“, nämlich vier Besatzungszonen

und eine frei gewählte Regierung in Berlin.

Kaum hatten die Franzosen die gesamtdeutschen Staatssekretariate zu Fall gebracht, da begannen die Sowjets, ihre Zone nach bolschewistischer Vorstellung zu organisieren und mit eiserner Faust auszupressen. Die Terror-Herrschaft der SED wurde installiert. Endlose Züge rollten nach Osten.

Aber Hunger und Not herrschten in allen vier Zonen. Die Amerikaner als reichste und kulanteste Besatzungsmacht halfen. Sie konnten nicht in ein Faß ohne Boden schöpfen. Insbesondere konnten sie nicht die Auspowerung der Sowjet-Zone finanzieren. Mit den Sowjets war kein Arbeiten. Um ein möglichst großes Gebiet Deutschlands von dem traurigen Los eines Kostgängers der USA zu befreien, wurde im September 1946 die Bi-Zone gegründet.

Die Sowjets schrien „Spalter!“ Sie hatten das industriell minder wertvolle Stück Deutschlands unter ihrer Fuchtel, mit einem geringeren Bevölkerungsteil. Gern wären sie an der Kontrolle über das übrige Deutschland beteiligt gewesen. Erst recht das Ruhrgebiet wollten sie mitkontrollieren, wo die Labour-Britten inzwischen Tatsachen nach ihrer Vorstellung geschaffen hatten.

Eine Konferenz der vier Außenminister wurde für März 1947 nach Moskau einberufen, „zur Vorbereitung eines Friedensvertrages für Deutschland und Österreich“. Sie scheiterte wiederum nicht an den Sowjets allein. Frankreichs Außenminister Bidault schrie so beharrlich nach mehr Ruhr-Kohle, daß die Angelsachsen gegenüber dem vereinten franko-sowjetischen Druck auf die Ruhr ins Hintertreffen zu geraten drohten. Außerdem forderten die Sowjets für 10 Milliarden Dollar Reparationen über zehn Jahre von Gesamtdeutschland, die, so sah es damals noch aus, von den Amerikanern hätten aufgebracht werden müssen; das Vierzehnfache der Summe, die von der Bundesrepublik an Israel gezahlt wird. Man ging auseinander, ohne der deutschen Wirtschaftseinheit, wie sie im Potsdamer Abkommen vorgesehen war einen Schritt nähergekommen zu sein, geschweige denn einen Friedensvertrag.

Man traf sich mit demselben Thema ein halbes Jahr später in London. Noch ein letztes Mal, im Dezember 1947, bot Amerikas Außenminister Marshall den Sowjets die Entwaffnung Deutschlands für 40 Jahre an – vergeblich. Die Sowjets wollten in bar bezahlt werden, wie Roosevelt es ihnen gesprächsweise zugesagt hatte. Bis hierher war ihre Haltung renitent, plump und roh, aber nicht unlogisch. Daß sie ihre Zone bolschewisierten, schienen sie für selbstverständlich zu halten, und man nahm es beinahe auch so. Die zehn Milliarden Dollar Reparationen holten sie sich aus ihrer Zone, und einiges darüber.

Die Sowjets glaubten Zeit zu haben, offenbar wollten sie noch viele ergebnislose Konferenzen beschicken. Im Februar 1948 aber überschritten sie ihren Rubikon: Die Kommunisten rissen in Prag mit einem Staatsstreich die Macht an sich. Die Bolschewisierung der Tschechoslowakei, dieses Schoßkindes des amerikanischen Willens zur Beglückung fremder Völker hatte ähnlich verheerende Folgen wie der vertragsbrüchige Einzug Hitlers auf dem Hradschin. Die Sowjets hatten die gesamte freie Welt gegen sich aufgebracht.

General Clay traf Anstalten zur Gründung eines westdeutschen Staates, ohne Rücksicht auf Potsdam. Die Sowjets antworteten im Juni 1948 mit einem Akt weiterer Brutalität, sie blockierten Berlin, das die Amerikaner rechtlich zu sichern vergessen hatten. Nach einem erfolglosen Jahr stellten die Sowjets ihre Blockade ein; was sie hatten verhindern wollen, wurde gegründet: Die Bundesrepublik.

Als dann im Juni 1950 die roten Revolutionäre von Nordkorea über den kriegslüsternen Autokraten Syngman Rhee herfielen, nicht zweifelsfrei im direkten Auftrag des Kreml, lief das Faß amerikanischer Geduld über. Außenminister Dean Acheson steuerte im Verein mit Kanzler Adenauer die Wiederaufrüstung der neuentstandenen Bundesrepublik an. Westdeutschland sollte sich aber nicht damit begnügen, Polizeistreitkräfte gegen einen eventuellen Überfall der sowjetzonalen Volkspolizei aufzustellen, es sollte der tragende Eckpfeiler, der feste Kern des atlantischen Bündnispaktes in Europa werden – und das drei Jahre, nachdem ein amerikanischer Außenminister die Entwaffnung auf vierzig Jahre angeboten hatte.

Diese bestürzende Entwicklung bewog die Sowjets, nach einer Vierer-Konferenz zu rufen. Während der

Schuman-Plan in Paris von den sechs Montan-Partnern unterzeichnet wurde (April 1951), tagten im Palais de Marbre Rose nebenan die Außenminister-Stellvertreter der großen Vier, um die Tagesordnung festzulegen. Es war wie eh und je. Die Sowjets hätten damals noch ohne viel Mühe die Aufrüstung der Bundesrepublik verhindern können. Aber Gromyko weigerte sich, die Tagesordnung auf Deutschland zu begrenzen. Er wollte partout auch den Atlantikpakt diskutiert wissen. Die Westmächte reisten ab, zur Betroffenheit der Sowjets.

Die Westmächte trafen sich in Washington. Im September 1951 brachte Acheson seine Kollegen Morrison und Schuman dazu, zwölf deutschen Divisionen zuzustimmen. Die Sowjets ließen Grotewohl nach „gesamtdeutschen Beratungen“ rufen. Die Montan-Partner verhandelten in Paris mit der Bundesrepublik über die EVG, die Hohen Kommissare auf dem Petersberg über den Generalvertrag.

Als die EVG in Umrissen feststand, schalteten sich die Sowjets selbst ein. Im März 1952 schickten sie ihre berühmte Note, die ein neutrales wiedervereinigtes Deutschland mit einer National-Armee vorschlug. Es war das beste Angebot, das sie von ihrer Position aus machen konnten. Der deutsche Bundeskanzler lehnte spontan und strikt ab, denn die Sowjets, nach des Kanzlers Ansicht schwach genug, um von der zu gründenden EVG hinter die Weichsel zurückgeschleucht zu werden, würden, ebenfalls nach des Kanzlers Ansicht, auf ein von den Großmächten garantiertes neutrales Deutschland einen zu starken Druck ausüben.

Aber auch die Franzosen waren entsetzt, die Aussicht auf eine deutsche National-Armee hatte sie zutiefst erschreckt, wie sie überhaupt hinsichtlich der Deutschland-Frage nur Lösungen empfohlen haben, die gerade keine Aussicht hatten durchzukommen. So hatten die Sowjets kein Glück mit ihrem Vorschlag, ein witzloses Noten-Ping-Pong entspann sich. Die Amerikaner hatten sich in die EVG verbissen, und auch bei den Briten hatte Stalin zu erschöpfend verspielt.

Er starb am 5. März 1953. Die Berliner Blockade ist lange her. Der koreanische Krieg ist in der Liquidation. In den von Stalin unterjochten Satelliten, auch in der durch einen kalten Staatsstreich eroberten Tschechoslowakei, gehen Lockerungen mit Unruhen Hand in Hand. Die Situation, aus der heraus General Marshall eine völlige deutsche Waffen-Abstinenz für 40 Jahre angeboten hat, scheint äußerlich wiederhergestellt. Sechs Jahre ist das erst her. Aber diese sechs Jahre haben genügt, einen Teil Deutschlands so weit zu kräftigen, daß er Deutschland-Verhandlungen der vier Besatzungsmächte mit Ruhe entgegensehen kann.

Die deutsche Wiedervereinigung ist kein leerer Wahn mehr, sie ist in den Bereich des Möglichen gerückt. Freilich, einen Preis wird der Westen zahlen müssen, wenn Verhandlungen überhaupt Sinn haben sollen. Die EVG in ihrer jetzigen Gestalt können die Sowjets nicht akzeptieren. Die EVG verlangt von den Sowjets die Herausgabe ihrer Zone und gibt ihnen nichts. Es ist das Verdienst der pausenlosen, oft auch fruchtlosen Diskussion, zum Ende der Legislatur des ersten Bundestags zweifelsfrei geklärt zu haben, daß die Deutschen wählen müssen zwischen der Wiedervereinigung und der EVG. Der Kanzler zieht die EVG vor. Aber werden die Regierungsparteien nach den Wahlen die EVG noch vorziehen?

Nur die Tatsache, daß die EVG die deutsche Wiedervereinigung praktisch ausschließt, hat die Franzosen bewogen, das unbehagliche Projekt noch nicht in den Orkus zu parlamentieren. Man müsse alles ins Werk setzen, um eine Wiedervereinigung Deutschlands zu verhindern, hat Frankreichs außenpolitischer Staatssekretär Maurice Schumann auf dem Kongreß der Partei Bidaults und Robert Schumans gesagt. Durch die EVG werde Deutschlands Wiedervereinigung erst akut, wenn ganz Osteuropa befreit werde. Und Guy Mollet, der Generalsekretär der französischen Sozialisten, hat sogar erklärt, die Deutschen müßten der EVG auch dann zustimmen, wenn dadurch die Wiedervereinigung unmöglich werde. Nette Tipps!

Von Bundestagsabgeordneten, die es ehrlich mit Gesamtdeutschland meinen, hört man oft den Einwand: Laßt uns die EVG unter Dach bringen und dann mit den Sowjets verhandeln. Trugschluß – ist die EVG erst aus dem Papier-Stadium heraus, werden die Amerikaner noch weniger bereit sein, sie zu opfern, da die Westdeutschen dann wahrscheinlich ihre einzigen treuen Bundesgenossen wären.

Erst hat man uns gesagt, wir wollen den Vertrag unterzeichnen und in der Pause zwischen Unterzeichnung

und Ratifizierung verhandeln. Jetzt sagt man uns, erst muß ratifiziert werden, dann können wir verhandeln. In Wahrheit soll über Deutschland nach dem Willen der Amerikaner nie verhandelt werden, es sei denn, die Sowjets kapitulierten von Kopf bis Fuß. Wenn überhaupt in Europa verhandelt werden soll, muß über die EVG verhandelt werden, und über die EVG lohnt es nur zu verhandeln, solange sie noch nicht in Kraft ist. Ist sie erst in Kraft, hat niemand mehr die Möglichkeit, eine Revision zu erzwingen. Die EVG ist der Tauschpreis, den wir anzubieten haben, obwohl wir nicht am Tisch sitzen. Was haben die Sowjets im Koffer?

Sie können die Franzosen nicht nur von dem Alptraum deutsch-amerikanischer Divisionen befreien, sie können mit Einschränkungen sogar ein Ende des Krieges in Indochina offerieren, der an Frankreichs ohnehin schwacher Konstitution zehrt. Die Franzosen ihrerseits können den Sowjets ein zu Westeuropa gehöriges Gesamtdeutschland vorschlagen, mit einer Polizei-Armee, die mit der Nato nichts zu tun haben dürfte, die aber im europäischen Rahmen kontrolliert werden könnte.

Beide Vorstellungen sind nicht gar so weit auseinander. Aber möglicherweise werden die Sowjets doch darauf bestehen, daß Gesamtdeutschland keinem Bündnis gegen die Sowjets beitreten darf, sofern den Deutschen Streitkräfte zugebilligt werden. Dann wird die englische Diplomatie endlich einmal mehr aufbieten müssen als Grüße von Haus zu Haus.

Um die widerstrebenden Amerikaner zu überzeugen, müßten die Briten sich äußerstenfalls an der neuen Konstellation stärker engagieren als an der EVG. Eine Lösung ohne die letzte Zustimmung der Amerikaner ist undenkbar. Das bisherige Europa-Konzept verlangte von den Deutschen den Verzicht auf Wiedervereinigung, das neu zu formende fordert von den Amerikanern den Verzicht auf ihr Vorhaben, Westdeutschland zum Eckpfeiler der Nato zu machen.

Sowjets und Amerikaner haben sich infolge Stalins mörderischer Taktik beide übernommen, die Machtblöcke weichen an ihren Rändern auf. Amerika wird es künftig mit selbständigeren Bundesgenossen zu tun haben als bisher. Es wird die „neutralen Verbündeten“ schätzen lernen. Je schwächer die Sowjets in den von ihnen unterdrückten Satelliten-Staaten verankert scheinen, desto mehr schwindet bei den westlichen Nachbarn Deutschlands die Neigung, aus der revisionistischen Bundesrepublik die große Land-Bastion der Amerikaner zu machen.

Nachdem der koreanische Krieg dem rheinischen Kanzler die Möglichkeit geboten hat, die gefährliche Kontrollrats-Umklammerung der Siegermächte endgültig aufzusprengen, bietet sich dem Kanzler des zweiten Bundestags jetzt die ungeheure Chance, die vielleicht nur zeitweilige Aufweichung der Fronten für die Wiedervereinigung der beiden Landesteile zu nutzen. Wir wissen nicht, ob die Chance trägt. Aber wir wissen auch nicht, ob sie wiederkommt. Wir müssen in den Kulissen bereitstehen und lauschen, ob wir „den Schritt Gottes durch die Ereignisse hallen“ hören. Dann „vorauspringen und den Zipfel seines Mantels zu fassen, das ist alles“.